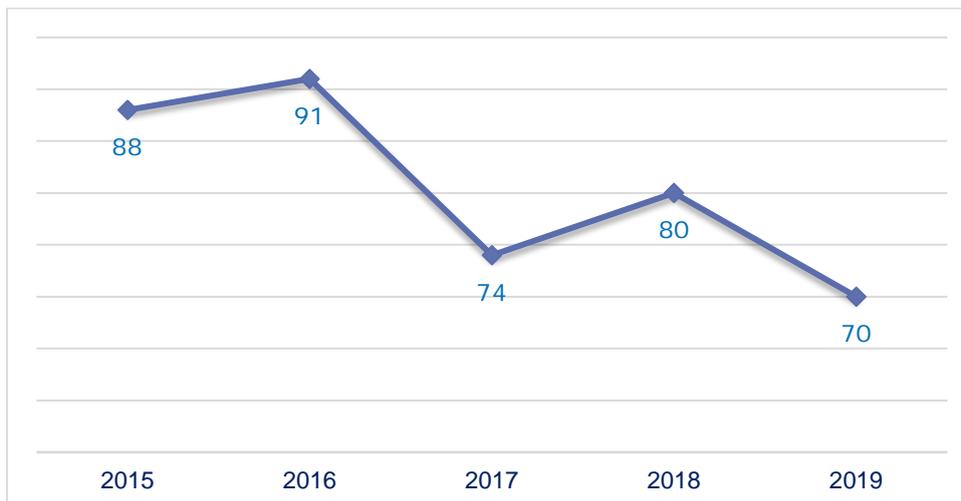


DEUTSCHLAND

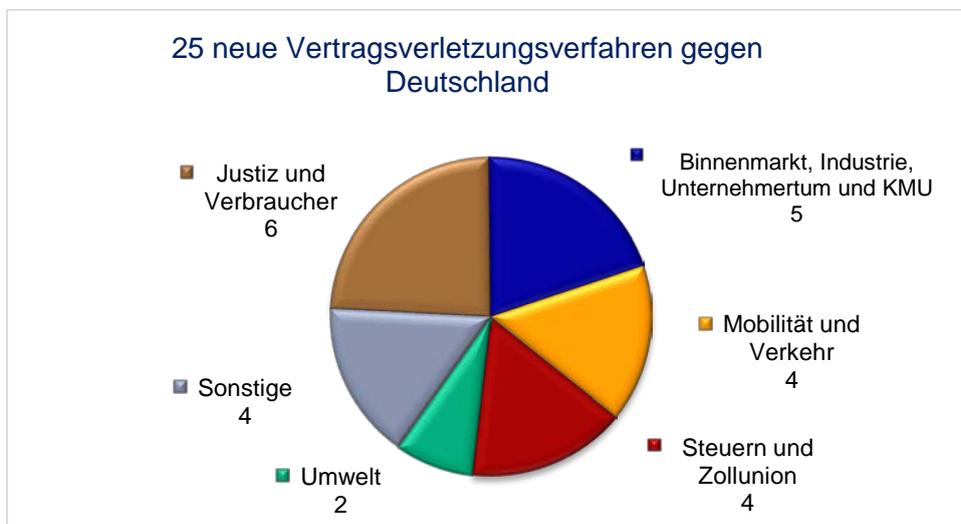
Kontrolle der Anwendung des EU-RECHTS

Jahresbericht 2019

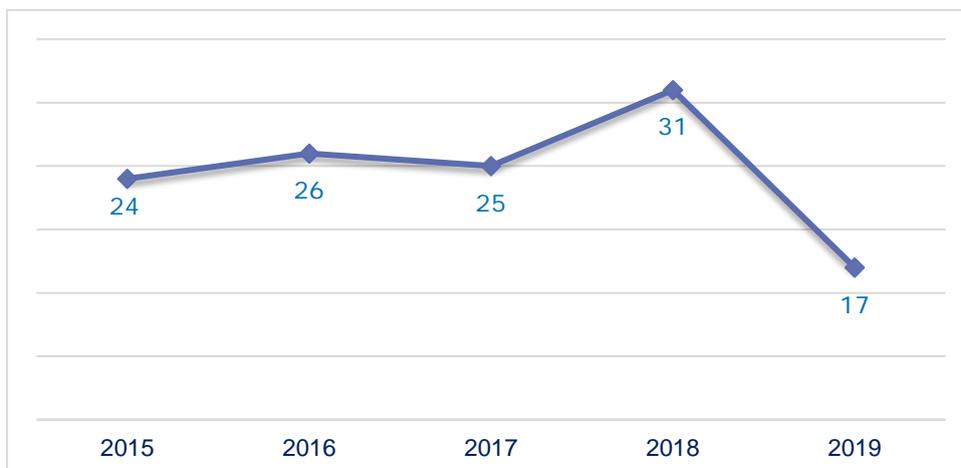
Am 31. Dezember anhängige Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland (2015–2019)



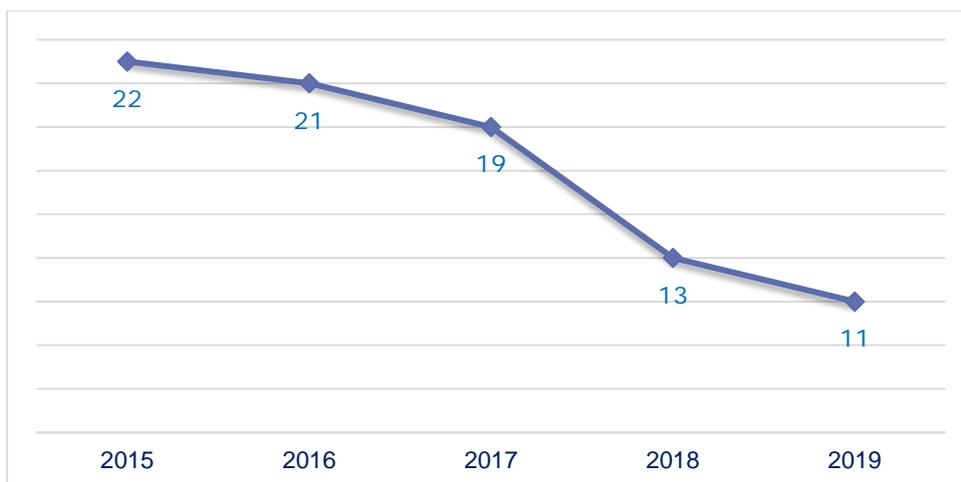
Im Jahr 2019 neu eröffnete Vertragsverletzungsverfahren: Politikbereiche



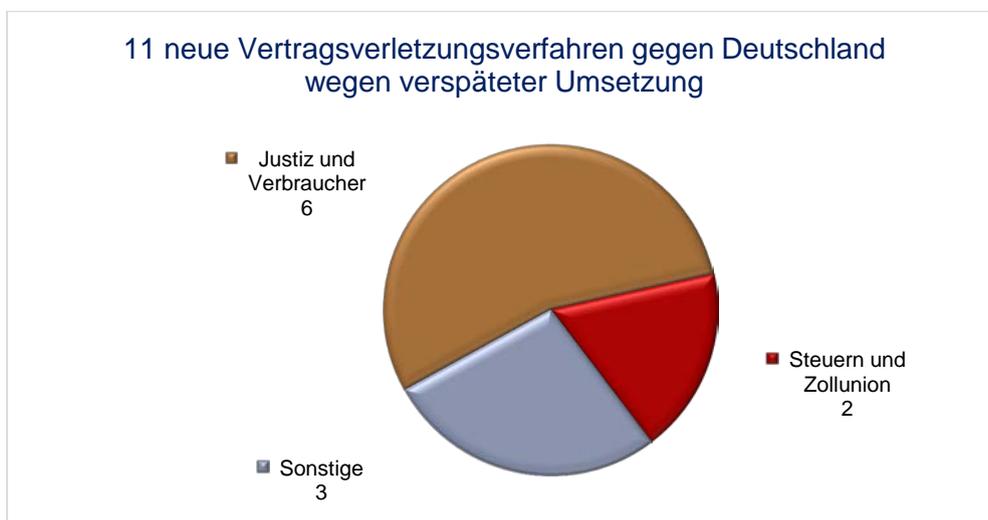
Am 31. Dezember anhängige Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen verspäteter Umsetzung (2015–2019)



Neu eröffnete Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen verspäteter Umsetzung (2015–2019)



Neu eröffnete Vertragsverletzungsverfahren wegen verspäteter Umsetzung im Jahr 2019: Politikbereiche



WICHTIGE URTEILE

Urteile des Gerichtshofs¹

Der Gerichtshof fällte folgende Urteile:

- Deutschland hat gegen EU-Recht verstoßen, indem es verbindliche Honorare für Planungsleistungen von Architekten und Ingenieuren beibehalten hat.²
- Deutschland hat den freien Warenverkehr beschränkt, indem es eine Infrastrukturabgabe eingeführt und gleichzeitig eine Steuerentlastung bei der Kraftfahrzeugsteuer zugunsten von in Deutschland zugelassenen Fahrzeugen vorgesehen hat.³
- Deutschland hat gegen seine unionsrechtlichen Verpflichtungen verstoßen, indem es anlässlich der 25. Sitzung des Revisionsausschusses der Zwischenstaatlichen Organisation für den internationalen Eisenbahnverkehr entgegen dem Standpunkt der EU abgestimmt sowie öffentlich diesem Standpunkt und den Regelungen für die Ausübung der Stimmrechte widersprochen hat.⁴

Vorabentscheidungen

Der Gerichtshof richtete folgende Vorabentscheidungen an die deutsche Justiz:

- Es verstößt gegen EU-Recht, gewerblichen Betreibern von Suchmaschinen und gewerblichen Anbietern von Diensten, die Inhalte von Online-Presseerzeugnissen aufbereiten, zu verbieten, Presseerzeugnisse oder Teile hiervon öffentlich zugänglich zu machen.⁵
- Die Informationsfreiheit und die Pressefreiheit können außerhalb der im EU-Recht vorgesehenen Ausnahmen und Beschränkungen keine Abweichung von den ausschließlichen Rechten des Urhebers zur Vervielfältigung und öffentlichen Wiedergabe rechtfertigen.⁶
- Ein Tonträgerhersteller kann sich gegen die Verwendung eines Audiofragments aus seinem Tonträger in einem anderen Tonträger wehren. Ein solches Fragment darf jedoch verwendet werden, wenn es in den anderen Tonträger in geänderter und beim Hören nicht wiedererkennbarer Form eingefügt wird.⁷
- Für den Dienst Gmail gilt, dass er nicht ganz oder überwiegend in der „Übertragung von Signalen“ besteht. Somit ist Gmail kein elektronischer Kommunikationsdienst und unterliegt daher nicht der Allgemeingenehmigungsregelung nach geltendem EU-Telekommunikationsrecht.⁸
- Die EU-Verordnung über die Verbringung von Abfällen⁹ gilt nicht für die Verbringung von Gemischen tierischer Nebenprodukte und anderer Stoffe, die zwischen den Mitgliedstaaten befördert werden.¹⁰
- Das österreichische System der Ausstellung eines Europäischen Haftbefehls, an dem sowohl Staatsanwaltschaften als auch Gerichte beteiligt sind, ist mit dem EU-Recht vereinbar.¹¹
- Das EU-Recht bestimmt nicht unmittelbar oder durch entsprechende Anwendung, welches Recht auf die Drittwirkungen einer Forderungsabtretung anzuwenden ist.¹²
- Der Betreiber einer Website mit einem „Gefällt mir“-Button von Facebook kann gemeinsam mit Facebook als für das Erheben und die Übermittlung personenbezogener Daten von Besuchern seiner Website an Facebook verantwortlich gelten.¹³

¹ Diese Urteile ergingen fast ausschließlich in Vertragsverletzungsverfahren.

² Kommission gegen Deutschland, Rechtssache [C-377/17](#).

³ Österreich gegen Deutschland, Rechtssache [C-591/17](#).

⁴ Kommission gegen Deutschland, Rechtssache [C-620/16](#), Beschluss [2014/699/EU](#).

⁵ VG Media, Rechtssache [C-299/17](#).

⁶ Funke Medien NRW, Rechtssache [C-469/17](#).

⁷ Pelham u. a., Rechtssache [C-476/17](#).

⁸ Google, Rechtssache [C-193/18](#).

⁹ Verordnung (EG) Nr. [1013/2006](#).

¹⁰ ReFood GmbH & Co. KG gegen Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Rechtssache [C-634/17](#).

¹¹ NJ, Rechtssache [C-489/19 PPU](#).

¹² BNP Paribas, Rechtssache [C-548/18](#).

¹³ Fashion ID, Rechtssache [C-40/17](#).

- Ein bereits angekreuztes Kästchen kann nicht als wirksame Einwilligung in die Verarbeitung personenbezogener Daten gelten. Zu den Informationen, die der Diensteanbieter einem Nutzer geben muss, zählen auch die Funktionsdauer der Cookies und die Frage, ob Dritte Zugriff auf die Cookies erhalten können oder nicht..¹⁴
- Im Falle der Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers ist eine Kürzung der einem ehemaligen Arbeitnehmer zustehenden Leistungen bei Alter als offensichtlich unverhältnismäßig anzusehen, wenn die betreffende Person bereits unterhalb der von Eurostat für den betreffenden Mitgliedstaat ermittelten Armutsgefährdungsschwelle lebt oder künftig leben müsste..¹⁵
- Ein Antragsteller gilt als „flüchtig“ im Sinne der Dublin-Verordnung, wenn er sich den nationalen Behörden gezielt entzieht, um die Überstellung zu vereiteln. Dies kann angenommen werden, wenn die Überstellung nicht durchgeführt werden kann, weil der Antragsteller die ihm zugewiesene Wohnung verlassen hat, ohne die zuständigen nationalen Behörden zu informieren, sofern er über die ihm insoweit obliegenden Pflichten unterrichtet wurde..¹⁶
- Die Mehrwertsteuerbefreiung für den Schul- und Hochschulunterricht gilt nicht für Fahrschulunterricht, der von einer Fahrschule im Hinblick auf den Erwerb der Fahrerlaubnisse für Kraftfahrzeuge der Klassen B und C1 erteilt wird, auch wenn dieser Unterricht keinen bloßen Freizeitweck verfolgt, da mit dem Besitz der betreffenden Fahrerlaubnisse u. a. beruflichen Anforderungen entsprochen werden kann..¹⁷
- Die Zollbehörden können von einem Antragsteller, der den Status eines „zugelassenen Wirtschaftsbeteiligten“ beantragt, verlangen, ihnen die Steueridentifikationsnummern ausschließlich der natürlichen Personen, die für das antragstellende Unternehmen verantwortlich sind oder die Kontrolle über seine Leitung ausüben, sowie der für die Zollangelegenheiten des antragstellenden Unternehmens zuständigen Personen vorzulegen und Angaben zu den für die Besteuerung all dieser Personen zuständigen Finanzämtern zu machen..¹⁸
- Die Rechtsvorschriften eines Mitgliedstaats, nach denen Dividenden, die an ausländische Pensionsfonds ausgeschüttet werden, effektiv höher besteuert werden als Dividenden, die an inländische Pensionsfonds ausgeschüttet werden, verstoßen gegen den freien Kapitalverkehr gemäß Artikel 63 AEUV..¹⁹
- Wenn die Zollregelungen der EU vorschreiben, dass für ein Erzeugnis (in diesem Fall Kulturchampignons, die während des Produktionsprozesses verbraucht wurden) das Ursprungsland anzugeben ist, ist das Ursprungsland das Land, in dem das Erzeugnis geerntet wurde, und diese Angabe als solche kann nicht als Irreführung der Verbraucher angesehen werden. Unter diesen Umständen dürfen die Lebensmittelunternehmer nicht verpflichtet werden, zusätzlich zur Angabe des Ursprungslandes Informationen bereitzustellen, um jegliche vermeintliche Gefahr einer Irreführung der Verbraucher zu vermeiden..²⁰
- Der Schutz der im Register der geschützten Ursprungsbezeichnungen und der geschützten geografischen Angaben eingetragenen Bezeichnung „Aceto Balsamico di Modena“ (g. g. A.) erstreckt sich nicht auf die Verwendung der einzelnen nicht geografischen Bestandteile dieser Bezeichnung, nämlich „aceto“ und „balsamico“..²¹
- Im Zusammenhang mit dem System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten (EU-EHS) bestätigte der Gerichtshof die wörtliche Auslegung des Begriffs „Stromerzeuger“, der auch Industrieanlagen umfasst, deren Haupttätigkeit nicht in den Anwendungsbereich des EU-EHS fällt, die Elektrizität hauptsächlich für ihren Eigenbedarf erzeugen und die nur geringe Strommengen an Dritte verkaufen..²²
- Eine Ausnahme von der Verwendung von Fahrtenschreibern gilt nicht für Fahrzeuge, mit denen lebende Tiere direkt von den landwirtschaftlichen Betrieben zu den lokalen Schlachthöfen befördert werden..²³

¹⁴ Planet49, Rechtssache [C-673/17](#).

¹⁵ Pensions-Sicherungs-Verein, Rechtssache [C-168/18](#).

¹⁶ Abubacarr Jawo, Rechtssache [C-163/17](#).

¹⁷ A & G Fahrschul-Akademie, Rechtssache [C-449/17](#).

¹⁸ Deutsche Post AG gegen Hauptzollamt Köln, Rechtssache [C-496/17](#).

¹⁹ College Pension Plan of British Columbia, Rechtssache [C-641/17](#).

²⁰ Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs Frankfurt am Main, Rechtssache [C-686/17](#).

²¹ Consorzio Tutela Aceto Balsamico di Modena, Rechtssache [C-432/18](#) und Pressemitteilung Nr. [150/19](#) des Gerichtshofs.

²² ExxonMobil Production Deutschland, Rechtssache [C-682/17](#).

²³ NK, Rechtssache [C-231/18](#), Verordnung (EG) Nr. [561/2006](#), Verordnung (EU) Nr. [165/2014](#).

- Ein Mitgliedstaat kann die Anerkennung eines Führerscheins ablehnen, der von einem anderen Mitgliedstaat ohne Fahreignungsprüfung auf der Grundlage eines von einem weiteren Mitgliedstaat ausgestellten Führerscheins ausgestellt wurde, der wiederum im Umtausch für einen von einem Drittstaat ausgestellten Führerschein ausgegeben wurde.²⁴
- Die Direktvergabe von Aufträgen für öffentliche Personenverkehrsdienste mit Bussen, die nicht in Form von Dienstleistungskonzessionen erfolgen, unterliegt nicht der Verordnung über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße.²⁵
- Ein Luftfahrtunternehmen ist nur dann verpflichtet, den Fluggästen Ausgleich für eine große Verspätung zu leisten, die durch die Beschädigung des Reifens eines Flugzeugs verursacht wurde, wenn es nicht nachweist, dass es alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel eingesetzt hat, um die Verspätung des Fluges zu begrenzen.²⁶
- Die Flughafenentgeltregelung muss von einer unabhängigen Aufsichtsbehörde gebilligt werden und für alle Flughafennutzer verbindlich sein.²⁷
- Von der Anwendung bestimmter Sozialvorschriften ausgenommen sind nur Fahrzeuge, die während eines bestimmten Beförderungsvorgangs ausschließlich zum Zweck der Zustellung von Sendungen im Rahmen des Universalpostdienstes benutzt werden.²⁸
- Die Zwangshaft einer Person an der Spitze des Freistaates Bayern mit dem Zweck, sie zur Verabschiedung von Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität in München zu veranlassen, kann nur angeordnet werden, wenn eine nationale Rechtsgrundlage besteht, die hinreichend zugänglich, präzise und in ihrer Anwendung vorhersehbar ist, und wenn die Haft verhältnismäßig ist.²⁹
- Rückstände in Form von Metallschrott und von mit Schlämmen und Ladungsrückständen versetztem Löschwasser, die auf eine Havarie an Bord eines Schiffes zurückgehen, sind als Abfälle, die an Bord von Schiffen anfallen, im Sinne der Verordnung über die Verbringung von Abfällen anzusehen. Solche Abfälle sind daher vom Anwendungsbereich der genannten Verordnung ausgenommen, bis sie zwecks Verwertung oder Beseitigung abgeladen werden.³⁰

²⁴ Meyn, Rechtssache [C-9/18](#), Richtlinie [2006/126/EC](#).

²⁵ Verbundene Rechtssachen [C-266/17](#) und [C-267/17](#) Verkehrsbetrieb Hüttebräucker und BVR Busverkehr Rheinland, Pressemitteilung Nr. [46/2019](#) des Gerichtshofs, Verordnung (EG) Nr. [1370/2007](#).

²⁶ Germanwings, Rechtssache [C-501/17](#), Pressemitteilung Nr. [45/2019](#) des Gerichtshofs, Verordnung (EG) Nr. [261/2004](#).

²⁷ Deutsche Lufthansa, Rechtssache [C-379/18](#), Richtlinie [2009/12/EC](#).

²⁸ Verbundene Rechtssachen Deutsche Post und Leymann und UPS Deutschland u. a. [C-203/18](#) und [C-374/18](#), Verordnung (EG) Nr. [561/2006](#).

²⁹ Deutsche Umwelthilfe, Rechtssache [C-752/18](#) und Pressemitteilung Nr. [164/2019](#) des Gerichtshofs.

³⁰ Conti 11. Container Schifffahrt, Rechtssache [C-689/17](#), Verordnung (EG) Nr. [1013/2006](#).